der Kriegstreiber und Reaktionäre und ermöglicht ihnen, schwache Völker und die Arbeiterklasse mit Gewalt zu unterjochen und zu unterdrücken."

Sehr gut gesagt, Herr Ziegler, wie oft aber haben die „Linken" Vertrauensvoten abgegeben und den Wehretat bewilligt?

Die Rolle der Regierungen der kapitalistischen Republik kennzeichnet er folgendermaßen:

„Die Minister unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem sind nichts anderes als Kommis der Kapitalisten."

Herr Ziegler, wievielen solchen Kapitalskommis haben Sie und Ihre Freunde seit Jahr und Tag die Stimme gegeben und ihnen so bei der Ausübung ihres Handwerks geholfen?!

Der Regierung Brüning schreibt der Parteigenosse des Herrn Arzt, des neuesten Liebedieners der Diktaturregierung ins Stammbuch:

„Die Regierung Brüning verhindert dies nicht, sondern ebnet dieser (faschistischen — Der V.) Entwicklung mit ihren diktatorischen, reaktionären Verordnungen den Weg."

Und sein Hauptschlager ist eine vernichtende Feststellung für die Sozialdemokratie und ihre Politik:

„Wer zwischen den Nutznießern der kapitalistischen Wirtschaft und all denen, die für ihre Erhaltung eintreten, der Regierung Brüning und den Nationalsozialisten, ernste Gegensätze sieht, gibt sich einer Täuschung hin. Sie sind alle drei wesensverwandt, haben den gleichen Zweck und gleiche Zielsetzung: die Erhaltung und Festigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des Profits."

Diese Erklärung trifft aber ebenso, und in ganz derselben Weise die SPD als Partei, die durch ihre Bindung an die Erhaltung und Festigung des kapitalistischen Systems jetzt auch seiner faschistischen Entwicklung zwangsläufig folgt und somit zu einer der Kräfte und Stützen der faschistischen Diktatur des Kapitals geworden ist . . . Und jetzt tritt die Heuchelei des „linken" Ziegler deutlicher zutage. Er muß zwar diese Entwicklungstendenz zugeben, leugnet jedoch trotz dieser Eingeständnisse die bereits eingetretene faschistische Entartung der SPD. Er tut das in Form eines Scheingefechtes gegen die Welspolitik:

„Wer glaubt, den Faschismus dadurch bannen zu können, daß die Sozialdemokratie alle Wünsche der Kapitalisten bzw. der Regierung Brüning erfüllt, der irrt sich. Das könnte nur geschehen, wenn sich die Sozialdemokratische Partei selbst in eine faschistische Organisation umwandeln würde."

Ziegler versucht hierbei wieder die alte „linke" Taktik anzubringen, den SPD-Arbeitern Hoffnung zu machen — „es ist ja noch nicht soweit, man kann noch diese Partei retten . . .". Diese „Linie" tritt aber noch stärker hervor bei seinen Versuchen, die Haltung der SPD-Fraktion zum Panzerkreuzer als eine Stellung gegen die „Parteilinie" darzustellen. Er will also damit ableugnen, daß dieser Panzerkreuzerverrat ja nur die Auswirkung, das zwangsläufige Resultat dieser verräterischen Parteilinie ist. Dabei macht er wieder eine interessante Feststellung. Wörtlich sagt er:

„Die Panzerkreuzer zeigen nur blitzartig, mit welcher schroffen Schwenkung die Fraktion einen bürgerlich-kapitalistisch-imperialistischen Kurs unter Außerachtlassung des Parteiwillens einzuschlagen gedenkt."

Die Aufgabe jedes Parteimitgliedes ist:
unermüdliche Werbung für die Arbeiterstimme!

Und dann zeigt er noch offener den Charakter seiner „scharfen Opposition" als Entlastungsoffensive für diese imperialistische Partei, indem er fortfährt:

„Auch die Fraktionsmehrheit ist gegen den Panzerkreuzer, sie glaubt nur, diesem ihrem und auch dem Parteiwillen bei der Abstimmung nicht Ausdruck verleihen zu dürfen, weil sonst Groener und Brüning zurücktreten oder mit Hitler und Hugenberg gemeinsame Sache machen könnten. Eine solche opportunistische Leistung dürfte in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei aller Länder einzig dastehen."

Jetzt wird klar, was Ziegler will! Er versucht, bewußte Verbrechen der Parteiführer als „Dummheit" oder „politische Kunstfehler" auszugeben. Aus organisiertem Verrat von Arbeiterinteressen an den Klassenfeind macht dieser „linke" Demagoge Irrtümer" aus gutem Willen. Das offenbart die ganze Größe des Verbrechens, das die „linken" SPD-Führer mit dieser verlogenen Art „Opposition" an der Arbeiterklasse begehen. Herr Ziegler, der für alle die von ihm selbst gekennzeichneten Verbrechen mitverantwortlich ist, wagt es am Schluß seines Artikels, August Bebel zu schänden, indem er die Hoffnung ausspricht, diese durch und durch verseuchte kapitalistischen Lakaienpartei könnte wieder zu Bebels Bekenntnis zurückgeführt werden. Damit will er wieder die SPD-Arbeiter vertrösten!

Dieses Spiel der SPD-Führer wird jedoch von der Kommunistischen Partei durchkreuzt, die in allen Lebensfragen der Arbeiterklasse, sowohl im parlamentarischen als auch im Tageskampf durch die Tat beweist, daß sie allein Erbin des besten revolutionären Gutes der deutschen Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit ist, daß sie allein von sich sagen kann, was Bebel als Lebensziel aufstellte:

„Solange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden. Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben, um sie, wenn ich kann, zu beseitigen!"

Herrn Zieglers SPD hat nichts damit zu tun. Sie holt sich Karl Severing nach Dresden, den Mitschöpfer der faschistischen Diktaturverordnung, um ihn den Arbeitern als „Retter und Kämpfer gegen den Faschismus" zu preisen! Der Masseneinfluß dieser Verräter-Klique, die sich SPD-Führerschaft nennt, muß endgültig gebrochen werden, damit der proletarische Klassenkampf siegen kann über das Kapital und seine faschistisch-sozialfaschistischen Lakaien!

Die ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter dürfen sich nicht mehr auf Parteitage und auf „Reform" dieser Partei vertrösten lassen — sie sinkt unter im Panzerkreuzersumpf! Für die SPD-Proletarier, die den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und ihren Faschismus führen wollen, gibt es nur einen Weg: **Offener Bruch mit der Panzerkreuzerpartei, Bruch mit den verlogenen „linken" Vertröstern, Einheitsfront mit den kämpfenden Kommunisten und Anschluß an die Schildhalterin des Bebelschen Leitspruchs — Einreihung in die Kommunistische Partei Deutschlands!**

6/ SPD-Blatt für 3 Wochen verboten!

Auf Grund der von der SPD unterstützten Notverordnung!

Die Braunschweiger Regierung der Volksparteiler und Nazis hat die sozialdemokratische Tageszeitung Der Volksfreund auf drei Wochen auf Grund der Notverordnung Hindenburg-Brünings verboten. In der Begründung wird erklärt, daß die Ueberschrift „Schulstreik der weltlichen Schulen im Lande Braunschweig" und die Worte: „. . . alle Kräfte müssen zusammengerissen werden, um dem Willkürregiment eine moralische (?!) Schlappe beizubringen", eine Aufreizung gegen die Gesetze bedeute.

•

Das Verbot zeigt den sozialdemokratischen Arbeitern blitzartig die Situation in Deutschland, den Charakter der Notverordnung und zugleich den ungeheuerlichen Verrat der SPD in vollem Umfang. Nicht nur Nazi-Franzen hat das Verbot erlassen, mit ihm ist es die Volkspartei, die zur Braunschweiger Regierung und im Reiche zur Brüning-Regierung gehört! Die Notverordnung erweist sich (was wir Kommunisten vom ersten Tage an erklärt haben) als der Ausgangspunkt der **verschärften Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland.** Und da liegt das furchtbare Verbrechen der SPD. Sie hat die Notverordnung ermöglicht! Sie ist die Hilfspolizei des Faschismus!

Die **SPD ist es,** die den **Reichstag nach Hause** schickte, die die **Notverordnung ausdrücklich begrüßte,** die auch nachher den **KPD-Antrag auf Einberufung des Reichstages und Aufhebung der Notverordnung ablehnte!** Ja, Severing erklärte vor einer Woche in seiner Antwort an den Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Partei wörtlich:

„Es ist wohl richtig, daß ich an dem Zustandekommen der Notverordnung beteiligt gewesen bin, wenn Sie meine Vorstellungen bei den zuständigen Stellen des Reiches und Preußens um Erlaß gesetzlicher Bestimmungen gegen die Verrohung der politischen Kampfformen als eine Beteiligung ansehen wollen. Ich habe darüber hinaus in privaten und amtlichen Besprechungen, zuletzt in der Konferenz der Innenminister der Länder, dem Herrn Reichsminister des Innern meine Auffassung über die erforderlichen Einzelmaßnahmen mitgeteilt und dabei keinen Zweifel darüber gelassen, daß das erbetene Mehr des gesetzlichen Schutzes sich nicht nur gegen die Gottlosenpropaganda, sondern gegen jede Art der politischen und kulturellen Verwilderung richten müsse."

Severing rühmte sich also, sogar **einer der Väter der Notverordnung zu sein!** Nun hat eben Nazi-Franzen selbst die so schwächliche, nicht ernst gemeinte SPD-Phrase von der „moralischen (?!) Schlappe" für eine kulturelle Verwilderung erklärt und das SPD-Blatt verboten. **Die SPD ist der Wegbereiter und Unterstützer des Faschismus!**

Das beweist, daß gegen den Faschismus nur gekämpft werden kann, wenn zugleich gegen die SPD, den Schrittmacher des Faschismus, gekämpft wird. SPD-Arbeiter! **Zieht die Konsequenz! Hinein in die rote, antifaschistische Einheitsfront. Gegen Brüning heißt zugleich gegen Severing, gegen Schieck, heißt zugleich gegen Weckel! Vorwärts unter Führung der einzigen antifaschistischen Partei, der KPD!**

Kerker für Kommunisten

Genosse Kollwitz 2½ Jahre, Genosse Schneller 8 Monate, Genosse Forner 3 Monate, Genosse Maslowski 3 Monate, Genosse Feller 2 Monate

Durch die **Diktaturverordnungen der Brüning-Severing** wittern alle reaktionären und faschistischen Staatsanwälte Morgenluft. Der Zuchtfeldzug gegen die Kommunistische Partei, ihre Mitglieder und Führer, hat verstärkt eingesetzt.

Vor dem 1. Strafsenat des Reichsgerichts wurde **Genosse Kollwitz** wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikschutzgesetz zu **2 Jahren 6 Monaten Festung** verurteilt. Genosse Kollwitz, der bereits 6 Monate in Untersuchungshaft sitzt, wurde beschuldigt, in öffentlichen Versammlungen zum Umsturz des bestehenden Systems aufgefordert zu haben.

Genosse Schneller wurde in den letzten Tagen insgesamt zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, und zwar in Breslau wegen Aufforderung zum Steuerstreik mit 2 Monaten Gefängnis, in Königsberg wegen eines Artikels gegen den Zollwucherminister Schiele zu 3 Monaten Gefängnis und gleichfalls in Königsberg wegen eines Vorwurfes der „schamlosen Demagogie" gegen den preußischen Ministerpräsidenten Braun gleichfalls zu 3 Monaten Gefängnis. In allen diesen Fällen ermöglichten erst die Sozialdemokraten das Eingreifen der Klassenjustiz, indem sie die Immunität des Genossen Schneller aufhoben.

Genosse Forner, früherer **verantwortlicher Redakteur der Arbeiterstimme,** wurde wegen eines Artikels der die Behandlung des Schwerkriegsbeschädigten Hartmann durch Pirnaer Polizeibeamte scharf kritisiert hatte, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

In Essen erhielt vor dem Erweiterten Schöffengericht Genosse **Maslowski** 3 Monate Gefängnis.

Wegen Aufforderung zum Steuerstreik und angeblicher Beleidigung eines Kriminalsekretärs wurde der **Genosse Feller,** verantwortlicher Redakteur des Ruhr-Echos, **zu 2 Monaten Gefängnis** verurteilt.

Der ganze Charakter der deutschen Klassenjustiz wird bloßgelegt durch die Tatsachen, daß selbst im höchsten deutschen Gericht, im Reichsgericht in Leipzig, ein Landgerichtsrat Dr. Georg Müller tätig ist, der ein eingeschriebenes Mitglied der NSDAP ist.

•

Berlin, 16. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Ein besonders krasses Klassenurteil fällte das Nauener Schnellgericht gegen 20 auf Wanderschaft befindliche Arbeitslose, die, da sie im Nauener Arbeitslosenasyl keine Aufnahme fanden, nach dem Polizeibüro zogen, um dort Unterkunft zu fordern. Statt den Wanderburschen Quartier und Brot zu geben, hat sie die Polizei verhaftet und vor das Schnellgericht geschleppt. Schon ist das Urteil fertig. Wegen unerlaubter Demonstration als Verstoß gegen die „Notverordnung" wurden sie zu je 3 Monaten Gefängnis und der „Rädelsführer" zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

•

Entfaltet überall breite Massenaktionen gegen die faschistische deutsche Klassenjustiz!

Severing schützt den Stahlhelm

Verbot der antifaschistischen KPD-Demonstration, Aufhebung des Verbots des Stahlhelm-Flugblattes

Berlin, 16. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Berliner sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski hat die für morgen Freitag angesetzte Demonstration der Kommunistischen Partei gegen das „Volksbegehren" des Stahlhelms, der faschistischen Arbeitermörder, unter Berufung auf die Notverordnung der Hindenburg-Brüning-Diktatur verboten.

Das Stahlhelm-Flugblatt Nr. 1 zum „Volksbegehren" auf Auflösung des Preußischen Landtages ist vor einiger Zeit verboten worden. Nun hat der preußische Innenminister Severing dieses Verbot wieder aufgehoben.

Zu gleicher Zeit hat der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski die kommunistische Demonstration gegen das Stahlhelm-„Volksbegehren" verboten.

Diese Tätigkeit der Severing und Grzesinski zeigt erneut, daß sich die faschistischen Diktaturverordnungen lediglich gegen die Kommunisten richten.

•

Berlin, 16. April. (Eig. Drahtmeldung.)

SPD-Grzesinski hatte bekanntlich den für gestern geplanten **Aufmarsch der werktätigen Jugend** Berlins gegen Faschismus im Lustgarten verboten. Trotzdem fanden aber gestern abend in einem Teil Berlins Jungarbeiterdemonstrationen statt. **Im Süden marschierten 500, in Nordost 1000, im Norden 1000 und in anderen Bezirken Hunderte von Jungproleten.** Sprechchöre gegen das Demonstrationsverbot, gegen Faschismus fanden in den Arbeitervierteln bei der werktätigen Bevölkerung Widerhall. Die Polizei kam bei fast allen Demonstrationen erst dann, als die Jungarbeiter ihre Kundgebungen bereits aufgelöst hatten.

Hitler, der Großagrarier-Knecht

In einem Interview, das Adolf Hitler dem [illegible] ten Junker Fürst Oldenburg gab, antwortete [illegible] auf des Fürsten Frage, wie er zur Enteignung des [illegible] besitzes stehe, wie folgt:

„Diese Annahme ist eine völlige Verkennung [illegible] Absicht, die nie und nimmer auf eine Zerschlagung oder Enteignung größerer Güter abzielen. Ich habe auch nicht die Absicht, in breitem Umfang auf deutschem Boden zu siedeln. Zweckmäßig siedeln können und werden wir erst, wenn [illegible] sprechende Raum zur Verfügung steht."

Auf die weitere Frage des Fürsten Olde[illegible] über die Zugehörigkeit von Großgrundbesitzern zur NSDAP [illegible] wortete Hitler:

„In der Zusammenfassung des ganzen deutschen [illegible] vom Kaisersohn bis zum letzten Proleten sehe ich das Ziel, das wir erreichen müssen, wie wir über die Belange irgend einer der Unsrigen (gemeint sind die Großagrarier) nach der [illegible] fung zur Tagesordnung übergehen sollten, ist mir völlig unverständlich."

Dresdner SPD-Blatt unterschlägt Dr. Kienles Gegenerklärung

Eine Illustration zur SPD-Frauenwoche

Das Dresdner SPD-Blatt hat bis heute die Tatsache, daß Frau Dr. Kienle in Dresden in Riesenversammlungen gegen den **Paragraphen 218** auftrat, **verschwiegen.** Dafür brachte das Blatt in größter Aufmachung die Erklärung des Dr. Neunhöffer, **des Denunzianten** der Frau Dr. Kienle, der diese und damit auch gegen den Paragraphen 218 attackierte. Frau Dr. Kienle hat in einer Erklärung geantwortet, die wir gestern brachten, die **sogar das bürgerliche Berliner Tageblatt** von gestern morgen veröffentlicht! Das Dresdner SPD-Blatt aber, das den Denunzianten Neunhöffer frei zu Worte kommen läßt, hat **die Gegenerklärung Frau Dr. Kienles gestern nicht veröffentlicht.** Die wirkliche Ursache ist, daß die sozialdemokratische Dresdner Volkszeitung in Wahrheit für die Beibehaltung des **Paragraphen 218** ist. Ein Beitrag zu. SPD-Frauenwoche!

Bei den Wahlen zum Angestelltenrat im riesigen Berliner Druckereibetrieb der Firma **Ullstein** hatte die oppositionelle Kollegenschaft das erstemal im Betrieb eine rote Liste aufgestellt. Die Rote Einheitsliste erhielt 794 Stimmen, die ZdA-Liste nur 524 Stimmen. So sind somit von der Roten Einheitsliste 7, von der SPD-Liste 5 Angestelltenräte gewählt worden.

SA-Anfrage an Killinger!

Ein Dresdner SA-Mann, von Beruf Angestellter, schreibt uns:

„Am Sonntag sprachen mehrere Kameraden und ich über Hitler, Germanen, Scheringer usw. Auch über Killinger. Wir hatten in Ihrer Zeitung vom Tage zuvor die Anfrage gestellt, ob es wahr ist, daß Killinger dem Oberleutnant Fricke-Danzig versprochen hat, gegen Hitler vorzugehen und wir waren nun der Meinung, daß Killinger im „Hochverratsprozeß" darauf antworten würde. Das ist bis heute nicht geschehen. Im Anfange meiner lieben Kameraden und auch für meine Person bitte ich Sie höflichst, Ihre Anfrage zu wiederholen. Wir werden ein weiteres Schweigen Killingers aber eine unverzüglichere Antwort entsprechend zu würdigen wissen. Wir teilen Ihnen gleichzeitig mit, daß es uns doch schon seit Wochen immer stärker auf den Weg hinzieht, den Scheringer gegangen ist."

Wir haben die Echtheit des Briefes und der Person des Schreibers nachgeprüft. Wir kommen dem Wunsche gern nach und wir fragen hiermit erneut in aller Oeffentlichkeit den SA-Führer Killinger:

Ist es wahr, daß er dem Oberleutnant Fricke, Danzig, versprochen hat, gegen Hitler vorzugehen und mit Stennes zusammenzustehen? — Ja oder nein?

Hunderttausend Maiplaketten

setzen die revolutionären Arbeiter um, für den 1. Mai in Sachsen. Helfe auch du Genosse und Genossin. Das ist die beste Antwort an die herrschende Klasse und ihre sozialfaschistischen Stützen.